

Babyboomer-Renten und eine Rentenreform a'la Österreich sind finanzierbar



Babyboomer-Renten und eine Rentenreform a'la Österreich sind finanzierbar

Videokonferenz am 22.02.2022

Dimension der Probleme und zeitliche Horizonte:

- Gesellschaftliche Basics
- Mehrkosten durch die geburtenstarken Jahrgänge
- Reform-Mehrkosten

(Haupt-)Finanzierungsquellen:

- Beitragserhöhungen im Kontext von Produktivitätswachstum
- Umleitung der Fördergelder für private Vorsorge
- Nicht betragsgedekte Leistungen vollständig durch Steuern finanzieren
- Echte Steuerzuschüsse
- Erwerbstätigenversicherung

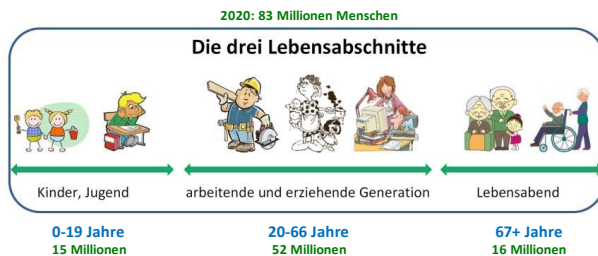
Demografische Gesichtspunkte:

- Altenquotient
- Erwerbstätigenquote
- Rentnerquotient

Folie 1: Es ist hilfreich zunächst die gesellschaftliche Draufsicht, sozusagen aus der Adlerperspektive, zu betrachten, bevor es in die Niederungen der Problemlösungen geht. Es versteht sich von selbst, dass bei dieser Draufsicht die Details noch nicht erkannt werden können, wohl aber die Dimensionen, um die es geht.



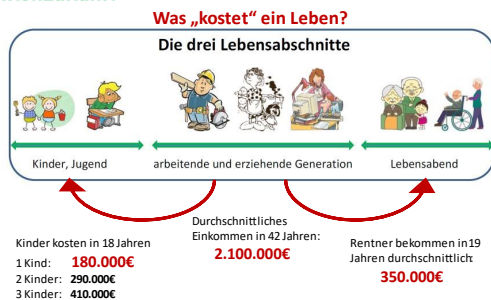
Babyboomer-Renten und eine Rentenreform a'la Österreich sind finanzierbar



Folie2: In Deutschland leben 83 Millionen Menschen. 15 Millionen sind jünger als 20 Jahre, 16 Millionen älter als 67. Dazwischen befinden sich 52 Millionen im erwerbsfähigen Alter von etwa 20 bis 66 Jahren. Diese Zwischengenerationen haben quasi alles zu tragen, auch die 40%, die noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind. Sie sind der wertschöpfende Teil der Gesellschaft.



Babyboomer-Renten und eine Rentenreform a'la Österreich sind finanzierbar



Folie 3: Wenn diese 83 Millionen auf durchschnittliche Einzelbiografien runtergebrochen werden, so ergibt sich unter der Fragestellung: „Was kostet so ein durchschnittliches Leben“ grob betrachtet folgendes Bild:

In der wertschöpfenden Zeit erhält der Durchschnittsmensch ca. 2,1 Millionen Euro Lohn. In dem Zeitraum von 42 Jahren gibt er von den 2,1 Millionen Euro, 180 tausend Euro für das Großziehen eines Kindes aus und zahlt Rentenversicherungsbeiträge von 350 tausend Euro.

(Zahlen auf Basis des Durchschnittslohns incl. Arbeitgeberanteil zur Soz.-Vers. nach VGR, Standardrente nach DRV und Kinderkosten- Sondererhebung destatis aus 2018, hochgerechnet auf 2022).

Aus dem Bild wird der sogenannte gesellschaftliche **Generationenvertrag** deutlich. Die wertschaffenden Generationen sorgen für das Leben der ganz Jungen und der Alten. Sie geben dafür im Verlauf ihres Erwerbslebens rund 25% ihrer Einkommen ab. Ob direkt, oder über Steuern, oder über Versicherungsbeiträge, ist dabei zunächst unerheblich. Kritisch und instabil

wird der Verteilungsprozess, wenn die Versorgungsleistungen aus spekulationsgetriebenen Kapitaltöpfen erfolgen soll.



Babyboomer-Renten und eine Rentenreform in Österreich sind finanzierbar

Grundlegende Daten für die Beurteilung der gesellschaftlichen Kosten (2021 - grob)

Bruttoinlandsprodukt (BIP): 3,6 Billionen Euro
 Rentenausgaben: 310 Milliarden
 Pensionen: 65 Milliarden

Anteil Altersversorgung am BIP (EU-Ageing Report 2021 - Zahlen 2019)		erwartet 2040:
Deutschland	10,3%	12,0%
Österreich	13,3%	15,1%
Frankreich	14,8%	15,2%
Italien	15,4%	17,8%

Folie 4: Zurück zur Metasicht der Dinge:

In Deutschland wurde 2021 ein Bruttoinlandsprodukt von 3,6 Billionen Euro geschaffen. Von dieser Summe wurden 375 Milliarden für die öffentliche Altenversorgung verwendet. Das sind 10,3 Prozent des gesamten BIP. Um diese Zahl besser einordnen zu können, sind die Anteile, die in Österreich (13,3%), Frankreich (14,8%) und Italien (15,4%) ausgegeben werden, aufgeführt. Käme der Alters-Versorgungsanteil aus dem BIP in Deutschland auf das österreichische Niveau, würden die Rentenausgaben um 110 Milliarden höher liegen.



Babyboomer-Renten und eine Rentenreform in Österreich sind finanzierbar

Was kosten zusätzlich

1. Die geburtenstarken Jahrgänge (Babyboomer) \approx + 20% bis 2040
2. Eine Rentenreform, die für lebensstandardsichernde Renten sorgt \approx + 50% bis ?

Wie, mit welchen Finanzquellen, kann das bewältigt werden?

- Beitragssteigerungen/ Produktivitätswachstum
- Steuern
 - versicherungsfremde Leistungen;
 - Förderung der Privatvorsorge zur GRV umsteuern;
 - echter Steuerzuschuss)
- Gemeinsame Versicherung aller Erwerbstätigen

Folie 5: Das war bis hierher der gegenwärtige Stand. Was ergibt sich aus den Herausforderungen der Zukunft? Die Herausforderungen sind nicht gerade klein. In den kommenden 15 Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und Mehrkosten verursachen. Eine dringende Rentenreform, die zu lebensstandardsichernden und armutsfesten Renten führt wird zusätzlich noch deutlich mehr Mittel erfordern.

Was sind dazu die möglichen Finanzquellen? Ist das Ganze leistbar, oder muss es zu drastischen Einschnitten bei allen Generationen kommen?



Babyboomer-Renten und eine Rentenreform in Österreich sind finanzierbar

Mehrbelastung der Rentenversicherung durch „Babyboom“-Jahrgänge bis 2040

Jahr	Prognose Variante	Gesamt Bevölk. (Mio.)	Über 67jährig (Mio.)	% von Gesamtbevölk.	Mehr zu 2021 (Mio.)	Veränderung zu 2021 (%)	Mehrkosten zu 2021** (Mrd. €)	Mehrkosten pro Jahr (Mrd. €)
2021		83,5	17,6*	21,1%				
2030	2	83,3	19	22,8%	1,4	+8,0%	24,0	2,7
	19	84,9	18,8	22,3%	1,2	+6,8%	20,4	2,3
2040	2	82,1	21,3	26,0%	3,7	+21,0%	63,0	3,3
	19	83,6	20,8	24,8%	3,2	+18,2%	54,6	2,9

Variante 2 – jährl. Änderungen: G2 Geburtenrate 1,55 – L2 Lebenserwartung +0,2 – W2 Wanderungssaldo +221.000
 Variante 19 – jährl. Änderungen: G2 Geburtenrate 1,55 – L1 Lebenserwartung +0,1 – W3 Wanderungssaldo +311.000
 * Im Jahr 2021 werden die Jahrgänge ab 65 Jahren und 9 Monaten gerechnet, für die Jahre 2030 und 2040 die Jahrgänge über 67 Jahre (das sind die jeweils gültigen Regelaltersgrenzen).
 ** Die Rentenausgaben werden nach Berechnungen der DRV Ende 2021 ca. 300 Milliarden Euro betragen.
 Zahlenbasis: 14. Bevölkerungsvorausberechnungsdats, 2019

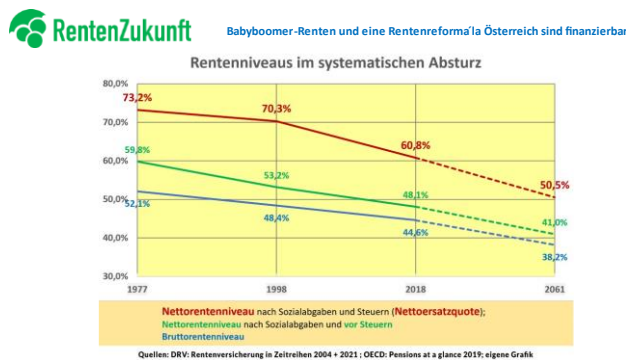
Folie 6: Die einschlägigen neoliberalen Rentenexperten behaupten seit Jahren, die „Babyboomer“ würden eine Kostenexplosion verursachen. Die Rentenversicherung würde in den Ruin getrieben und viele Katastrophenprophetieungen mehr. Das ist alles Unsinn!

Betrachtet man die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für die kommenden 20 Jahre explodiert da gar nichts. Es gibt eine relativ kontinuierliche Steigerung, die nach 20 Jahren

beendet ist. Die folgende Darstellung beruht auf Zahlen der 14. Bevölkerungsvorausberechnung von destatis aus 2019. Die Statistiker erzeugten aus den Größen: Geburtenraten – Lebenserwartungen – Wanderungssalden, 21 Prognosevarianten. Die sogenannte mittlere Variante 2 wird überwiegend für diverse Vorausberechnungen verwendet. In der folgenden Tabelle wird die Variante 19 als wahrscheinlicheres Szenario ergänzt. In ihr wird die geringere Steigerung der Lebenserwartungen der letzten 10 Jahre von +0,1 Jahren pro anno und der Wanderungssaldo der letzten 30 Jahre mit +311.000 Personen-Zuwächsen pro Jahr berücksichtigt.

Nach diesen konkreten Zahlen würde die Mehrbelastung durch geburtenstarke Jahrgänge etwa zwischen 2,9 Milliarden und 3,3 Milliarden Euro jährlich steigen. Ab 2040 geht die Mehrbelastung dann gegen Null. Derartige Analysen findet man nirgendwo. Wären sie vorhanden und würden sie in die Politikberatung eingehen, würde die betriebene Katastrophenpropaganda platzen. Die Politiker*innen könnten endlich anfangen, das „Problem“ wirklich anzugehen.

(Die Modellrechnungen in der Tabelle gehen immer von den finanziellen Werten von 2021 aus. Die Inflation wird für den betrachteten Zeitraum mit 0 Prozent unterstellt, um eine Vergleichbarkeit auf Basis gleicher Kaufkraftverhältnisse zu haben. Unterstellt wird hierbei, dass die Änderungen der Rentenzahlen sich proportional zu den Zahlen der Alten insgesamt entwickeln.)



Folie 7: Ein weitaus größeres Problem als die geburtenstarken Jahrgänge, stellt die seit 30 Jahren durch Gesetze betriebene systematische Altersverarmung in Deutschland dar. Man muss den Prozess mit Rentenschwindsucht beschreiben. Seit 1990 wird die Schwindsucht durch eine Unzahl von Gesetzen betrieben. Sie wird frühestens zwischen 2040 und 2060 zum Stillstand kommen. Es ist eine deutsche Krankheit, weil sie in keinem anderen europäischen Land so drastisch vorkommt.

Das Rentenniveau befindet sich seit 1990 auf einer Talfahrt, deren vorläufiges Ende durch die OECD für das Jahr 2061 vorausberechnet wurde. Das Netto Rentenniveau wird dann von 73% auf 50%, also um 32%, gesunken sein.

In Netto-Rentenbeträgen ausgedrückt sieht die Entwicklung der Altersversorgung so aus: Wer in einem 45jährigen Arbeitsleben im Durchschnitt 2.000 € Nettoeinkommen (das war 2018 ziemlich genau das durchschnittliche Nettoeinkommen) hatte, der würde dafür nach dem Rentenrecht 1977 eine Monatsrente von 1.460 € erhalten. Für das Jahr 1998 wären es immerhin noch 1.406 € gewesen. 2018 sank die Rente dann auf 1.216 € und sie wird 2061 (wahrscheinlich aber schon kurz nach 2040) auf 1.010 € gefallen sein.

Die verfügbare Rente wird also glatt auf die Hälfte des vorherigen Arbeitseinkommens zusammengestrichen sein. Wenn heute schon über 4 Millionen Rentnerinnen und Rentner unter der Armutsgefährdungsschwelle leben müssen, werden es in 20 Jahren über 10 Millionen sein – wenn sich nichts ändert.

Gesetze sorgen für die andauernde Schwundsucht der Renten

1. Dämpfungsfaktoren in der Formel für den aktuellen Rentenwert:

$$aRW_t = aRW_{t-1} \cdot \underbrace{\frac{BE_{t-1}}{BE_{t-2}} \cdot \frac{BE_{t-2}}{BE_{t-3}} \cdot \frac{BE_{t-3}}{BE_{t-4}} \cdot \frac{BE_{t-4}}{BE_{t-5}}}_{\text{Lohnkomponente}} \cdot \underbrace{\frac{100 - AVA_{t-1} - RVB_{t-1}}{100 - AVA_{t-2} - RVB_{t-2}}}_{\text{Rüsterfaktor}} \cdot \underbrace{\left(\left(1 - \frac{RQ_{t-1}}{RQ_{t-2}} \right) \cdot \alpha + 1 \right)}_{\text{Nachhaltigkeitsfaktor}}$$

2. Die jährlich bis 2040 steigende Besteuerung der Renten

Folie 8: Die deutsche Rentenschwundsucht wurde durch Gesetze in den Jahren 2001 bis 2004 wohlkalkuliert in die Welt gesetzt. Die Formel zu Festlegung des aktuellen Rentenwertes beinhaltet zwei Dämpfungsfaktoren und die nachgelagerte Besteuerung sorgt für einen zunehmenden Steuerabzug bei den Renten. Eine detaillierte Beschreibung der Wirkungen würde diesen Vortrag allerdings sprengen.

	Steigerung der Anwartschaft pro Jahr	Maximal Brutto	Erreicht nach Jahren:	Führt zu maximal netto (ca.)	Bemerkung
Österreich	1,78%	80,10%	45	92%	Bezogen auf Eckrente (45 Jahre Durchschnittslohn)
Beamte	1,79%	71,75%	40	78%	Bezogen auf letztes Gehalt
Bundestag	2,50%	65%	26	72%	Bezogen auf aktuelle Grunddiät
Landtag S-H*	1,50%	60%	40	67%	Bezogen auf aktuelle Grunddiät
RentnerInnen (aktuell)	1,00%	45%	45	60%	Bezogen auf Eckrente (45 Jahre Durchschnittslohn)
RentnerInnen (nach der Reform)	1,50%	67,5%	45	80%	Bezogen auf Eckrente (45 Jahre Durchschnittslohn)

Folie 9: Diese Tabelle enthält Rentensysteme, deren Versorgungsniveau garantiert ist. Die gelb markierte Zeile zeigt im Gegensatz dazu die aktuelle gesetzliche Rente in Deutschland. An der ist nichts garantiert, außer dem Niedergang. Wo jetzt noch 1% Anwartschaftssteigerung steht, wird in etwa 20 Jahren 0,87% stehen, das Nettoniveau von 60% wird auf 50% fallen.

Die Produktivitätsentwicklung macht es möglich:
 Jährliche Reallohnsteigerungen von zum Beispiel 1,5% bringt enorme Verteilungsspielräume - eine Gegenüberstellung

Beitrag bleibt konstant bei 18,6 %					Beitrag wird jährlich um 0,4% erhöht (0,2% mehr Abzug vom Bruttolohn)				
Bruttoentgelt heute	Produktivität	RV-Beitrag			Anteil abgegeben	verbleiben für Erhöhung			
3.500 €	1,50%	18,6%			0,20%	1,30%			
Bruttoentgelt	RV-Abzug	verbleiben	+ zu 2021	in %	Bruttoentgelt	RV-Abzug	Beitrag verbleiben	+ zu 2021	in %
2021	3.500 €	326 €	3.175 €		3.500 €	326 €	18,6%	3.175 €	
2022	3.553 €	330 €	3.222 €	48 €	3.546 €	337 €	19,0%	3.215 €	41 €
2025	3.715 €	345 €	3.369 €	195 €	3.686 €	375 €	20,2%	3.340 €	166 €
2030	4.002 €	372 €	3.630 €	455 €	3.931 €	443 €	22,1%	3.559 €	385 €
2035	4.311 €	401 €	3.910 €	736 €	4.194 €	518 €	24,0%	3.793 €	618 €
2040	4.644 €	432 €	4.212 €	1.038 €	4.474 €	603 €	26,0%	4.042 €	867 €

Folie 10: Bei der Frage, durch wen oder was die zukünftigen Herausforderungen finanziert werden können, muss unbedingt die Rolle der **Produktivitätsentwicklung** betrachtet werden. Sie war schon immer die Quelle jeglichen materiellen und gesellschaftlichen Fortschritts (Einschränkungen: Grenzen des Wachstums, Zerstörung von natürlichen Ressourcen). In den Zukunftsrechnungen der neoliberalen Rentenexperten spielt sie keine Rolle.

Welche Verteilungsspielräume sich eröffnen ist leicht auszurechnen. Wenn die Produktivitätszuwächse 1:1 bei den Löhnen weitergegeben werden und die Preissteigerungen durch die Lohnerhöhungen wettgemacht werden, spricht man von „verteilungsneutralen Lohnsteigerungen“. Wird die Preissteigerungskomponente rausgerechnet, haben wir die Reallohnsteigerung.

Bei z.B. einem Monatslohn von 3.500 Euro und einer durchschnittlichen Produktivitätssteigerung von **1,5%** würde der Reallohn im Jahr 2040 auf 4.644 Euro, also um 1.144 Euro, gestiegen sein.

Unterstellt, der Rentenversicherungsbeitrag bliebe konstant bei 18,6% - das heißt 9,3% Abzug vom Bruttolohn – betrüge der Reallohnzuwachs 1.038 Euro. Das wäre dann eine Steigerung von 32,7% in 19 Jahren.

Und nun würde politisch entschieden, der Rentenversicherungsbeitrag wird bis 2040 jährlich um 0,4% angehoben – Lohnabzug also 0,2%. Alle Bedingungen gleichgehalten ergeben sich folgende Beträge: Die Löhne werden pro Jahr um 1,3% erhöht (0,2% gehen in die Aufstockung der RV-Beiträge), so dass nach 19 Jahren ein Reallohnzuwachs von 867 Euro herauskäme. Das wären immer noch 27,3% mehr als 2021.

Mit dieser Maßnahme wäre der Rentenversicherungsbeitrag auf 26,0% erhöht worden. Das brächte nach heutigen Verhältnissen jährliche Mehreinnahmen von 120 Milliarden Euro (16,3 Milliarden/% x 7,4%) .



Die Produktivitätsentwicklung macht es möglich: Jährliche Reallohnsteigerungen von zum Beispiel 1,0% bringt enorme Verteilungsspielräume - eine Gegenüberstellung									
Beitrag bleibt konstant bei 18,6 %					Beitrag wird jährlich um 0,4% erhöht (0,2% mehr Abzug vom Bruttolohn)				
Bruttoentgelt heute	Produktivität	RV-Beitrag			Anteil abgegeben	verbleiben für Erhöhung			
3.500 €	1,00%	18,6%			0,20%	0,80%			
Bruttoentgelt	RV-Abzug	verbleiben	+ zu 2021	in %	Bruttoentgelt	RV-Abzug	Beitrag/verbleiben	+ zu 2021	in %
2021	3.500 €	326 €	3.175 €		3.500 €	326 €	18,6%	3.175 €	
2022	3.535 €	329 €	3.206 €	32 €	3.528 €	336 €	19,0%	3.199 €	25 €
2025	3.642 €	339 €	3.303 €	129 €	3.613 €	367 €	20,2%	3.275 €	100 €
2030	3.828 €	356 €	3.472 €	297 €	3.760 €	424 €	22,1%	3.404 €	230 €
2035	4.023 €	374 €	3.649 €	475 €	3.913 €	484 €	24,1%	3.539 €	364 €
2040	4.228 €	393 €	3.835 €	661 €	4.072 €	550 €	26,0%	3.679 €	504 €

Folie 11: Auch unter der Bedingung, dass die Produktivität in den kommenden Jahren durchschnittlich lediglich um 1 % wächst, kommen sehr akzeptable Ergebnisse heraus. Ohne Rentenbeitragserhöhung 661 Euro (20,8%) mit Beitragserhöhung von 0,4% pro Jahr immer noch 504 Euro (15,9%). Der Reallohn, man könnte auch sagen der materielle Lebensstandard, wäre noch ordentlich gestiegen, obwohl der Rentenversicherungsbeitrag um 7,4% gestiegen ist.

Das Verteilungspotential, das durch steigende Produktivität bei "verteilungsneutralen" Lohnerhöhungen entsteht, kann durch dieses Excel-Datenblatt erschlossen werden:

[Produktivität Löhne Renten Verteilungsspielraum](#)



Ein Blick über den Tellerrand mit Beispielen:

Österreich – Nettorentenniveau für Neurentner*innen 90%.
Der Beitragssatz: 22,8% (Anteile Arbeitgeber/Arbeitnehmer*innen: 55%/45%).
Das Sicherungsziel wird durch Zuschüsse aus dem Staatshaushalt garantiert.
Anteil der Altersversorgung am BIP: 13,3%, 2040 erwartet: 15,1%.

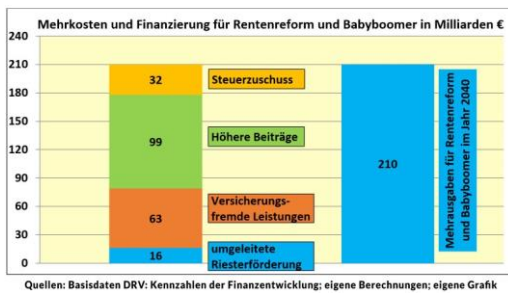
Frankreich – Nettorentenniveau 75%.
Der Beitragssatz: 27% (Anteil AG/AN: 60%/40%)
Anteil der Altersversorgung am BIP: 14,8%, 2040 erwartet 15,2%.

Italien – Nettorentenniveau 92%.
Der Beitragssatz 33% (AG/AN: 67%/33%).
Anteil der Altersversorgung am BIP: 15,4%, 2040 erwartet 17,3%.

Quellen: OECD „Pensions at a glance“ 2019, EU Ageing-Report 2021

Folie 12: Die Kosten der Altenversorgung werden seit mindestens 30 Jahren als Belastung für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft verteufelt. Ein Blick über den nationalen Tellerrand macht deutlich wie erfolgreich diese Kampagne in Deutschland war.

In anderen, gerade auch benachbarten, Staaten ist das Versorgungsniveau sehr viel höher. Die Ausgaben dafür, die dort als Anteil am Bruttoinlandsprodukt gesellschaftlich akzeptiert sind, liegen um 30% bis 50 % höher. Der Anteil den die Unternehmen dazu leisten ist deutlich höher, als in Deutschland. Hier würde schon als Erfolg verbucht, wenn eine paritätische Finanzierung zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten wieder erreicht würde.



Folie 13: Zusammengefasst: die Kosten der verrenteten geburtenstarken Jahrgänge und einer notwendigen Rentenreform belaufen sich im Jahr 2040 auf etwa 210 Milliarden Euro Mehrausgaben. Ein ziemlicher Batzen Geld, der aber bei politischem Willen durchaus aufzubringen ist. Über einen Zeitraum von 18 Jahren gestreckt ergäbe sich eine jährliche Steigerung von knapp 12 Milliarden Euro.

Mögliche Finanzierungsquellen dazu wären:

Beitragserhöhungen von 6% (3% AG / 3 % AN – jährlich 0,34% bzw. 0,17%): 99 Milliarden Euro. Jedes Prozent Beitragserhöhungen bringt 16,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen in der Rentenversicherung.

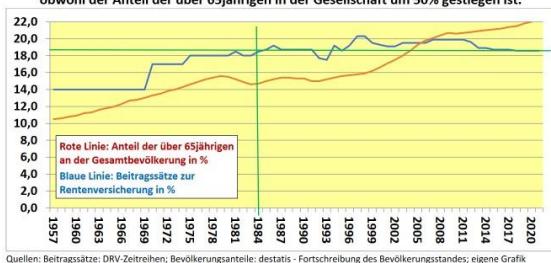
Die Vollständige Finanzierung der **nicht beitragsgedeckten Leistungen** aus Steuermitteln. Nach DRV-Berechnungen betrug die Deckungslücke im Jahr 2019 37 Milliarden Euro. Mit dem Mehrkostenfaktor von 1,7 versehen, beläuft sich der Betrag auf 63 Milliarden.

Die staatliche **Riester-Förderung** in dem 2001 beabsichtigten Umfang an die Rentenversicherung abführen. Aktuell 4 Milliarden auf alle förderberechtigten hochgerechnet, ergeben ca. 16 Milliarden Euro.

Ein **echter Steuerzuschuss** von ca. 32 Milliarden Euro.

Weitere Potentiale sind die Erwerbstätigenversicherung und die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei lediglich degressiver Rentensteigerung ab einem bestimmten Rentenbetrag.

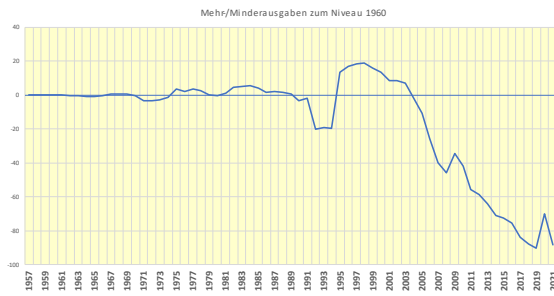
Der Beitragssatz (die Kosten) ist mit 18,6% auf den Stand von vor 35 Jahren gesunken, obwohl der Anteil der über 65jährigen in der Gesellschaft um 50% gestiegen ist.



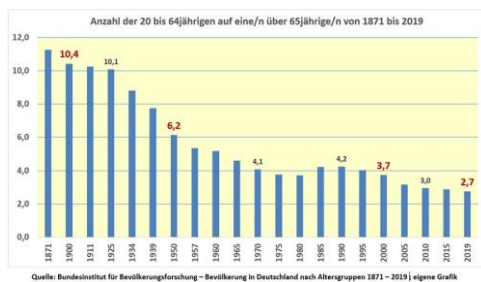
Folie 14: Seit über 25 Jahren beherrscht das Argument „Rentenerhöhungen gehen zu Lasten der Jungen“, die Berichterstattung, besser gesagt die Propaganda, in den Medien. Die realen Daten zeigen etwas völlig anderes. Sarkastisch ausgedrückt: „noch nie waren Rentner*innen so billig wie heute“.

Die Beitragsbelastung ist auf das Niveau von vor 35 Jahren gesunken, obwohl der Anteil der über 65jährigen an der Bevölkerung um 50% angestiegen ist. Diese Beitragsabsenkung auf 18,6% passierte, obwohl die Unterdeckung der nicht beitragsgedeckten Leistungen mit 37 Milliarden €

durch die Decke ging und gleichzeitig die Rücklagen der DRV auf nie für möglich gehaltene 40 Mrd. € anstieg.

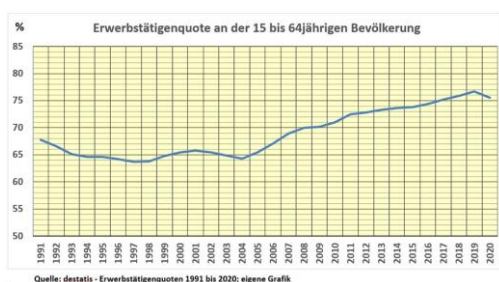


Folie 15: Wie drastisch die Rentenausgaben in Relation zur gesamten Wirtschaftsleistung in Deutschland reduziert wurde zeigt diese Grafik. Im Bezugsjahr 1960 betrug die Ausgaben der Rentenversicherung 5,5% des BIP, bei einem Anteil der über 65jährigen von 11% an der Gesamtbevölkerung. Dieses Niveau wurde etwa bis 1990 erreicht. Danach gab es bedingt durch die Wiedervereinigung 13 Jahre markante Ausschläge nach oben und unten. Ab 2004 gingen die Rentenleistungen in Relation zum BIP kräftig zurück. Um das Versorgungsniveau von 1960 zu erreichen, müssten aktuell rund 90 Milliarden Euro mehr ausgegeben werden.



Folie16: Wie schon gesagt, findet die Produktivitätsentwicklung in den heutigen Rentendebatten keine Beachtung. Dabei ist sie von fundamentaler Bedeutung. Sie wirft die „Unbezahlbarkeits“-Argumente auf den Fakten-Müllhaufen der Geschichte. Mit Daten unterlegt, ergibt sich bei der Darstellung des sogenannten „Altenquotienten“ folgendes Bild:

Im Jahre 1900 kamen 10,4 Personen im erwerbsfähigen Alter auf eine*n über 65jährige*n. 100 Jahre später, im Jahre 2000, war das Verhältnis auf 3,7 Erwerbsfähige zu einem/r über 65jährigen gesunken. Dennoch konnte die soziale Absicherung der Alten ständig verbessert werden und der durchschnittliche Lebensstandard für alle stieg so stark an, wie noch nie zuvor in der Menschheitsgeschichte.



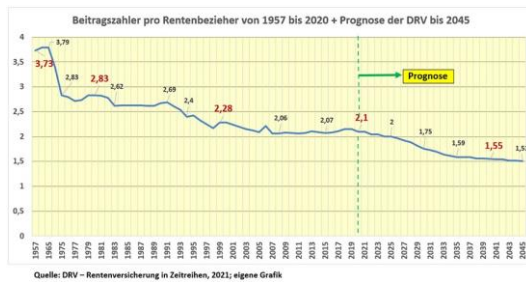
Folie 17: Aussagkräftiger als der gerade dargestellte Altenquotient ist das Verhältnis der tatsächlich Erwerbstätigen, zu den erwerbsfähigen Jahrgängen. Das sind also diejenigen, die Beiträge zur

Altenversorgung leisten. Die Statistik von destatis zeigt einen kontinuierlichen Anstieg des Erwerbstätigenquotienten seit 2004. Das erklärt neben der Absenkung des Rentenniveaus, warum die Rentenversicherungsbeiträge trotz starkem Anstieg der Rentenempfänger keine Beitragserhöhungen gegeben hat.

Allerdings relativiert sich die Bedeutung des Anstiegs durch die zunehmenden Niedriglohnbereiche als Folge der Agenda 2010-Gesetze. Eine weitere Erhöhung der Quote, und damit der Rentenversicherungsbeitragszahler, kann durch politische Maßnahmen erreicht werden (Erhöhung des Frauenanteils etwa durch bessere und kostenlose Kinderbetreuung; bessere Integration/Ausbildung und Beseitigung bürokratischer Hindernisse für Migrant*innen; bessere Förderung und Ausbildung von Arbeitslosen).



Babyboomer-Renten und eine Rentenreforma la Österreich sind finanzierbar



Folie 18: Noch Aussagekräftiger als Altenquotient und Erwerbstätigenquote ist die Heranziehung des "Rentnerquotienten". In ihm werden abgebildet, wie viele Standardbeitragszahler auf wie viele Standardrentner kommen. Die Daten der Deutschen Rentenversicherung zeigen ein seit 1975 erstaunlich stabiles Verhältnis. Die Prognose für den Zeitraum von 2021 bis 2045 geht von der Basis jetziger Verhältnisse aus. Diese Verhältnisse können/müssen aber durch politische Maßnahmen verändert werden (Erhöhung der Erwerbstätigenquote; Beseitigung der prekären Beschäftigungsverhältnisse mit deutlichen Einkommenssteigerungen; Einbeziehung der gut bezahlten Beschäftigten in das gesetzliche Rentensystem; ...)